

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Rückseite ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 23. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Brotzulage.

Verhandlungen mit der Regierung.

Am Montag haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter begonnen.

Die Verhandlungen, an denen der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Eisenbahner-Großorganisationen teilnahmen, wurde durch eine groß angelegte Rede des Reichstanzlers eröffnet.

Hierauf sprach Reichsverkehrsminister Gröner über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen. Im großen und ganzen habe die letzte Tarifserhöhung nicht die üblichen Folgeerscheinungen gezeitigt.

Im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Reichspostministers Giesberts, der erklärte, daß die Post einen ungeheuren Festbeitrag von über 2 Milliarden aufweise.

Dann gab Geheimrat Kühnemann vom Reichsfinanzministerium

Die Besoldungsanschläge der Regierung

bekannt. Einleitend teilte er mit, daß die Regierung Maßnahmen treffen werde, um alle noch ausstehenden Forderungen aus der Besoldungsordnung den Beamten sofort zu erstatten.

Diese Vorschläge der Regierung wurden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet. Nach sehr langen Debatten, in denen die Gegenläufe zum Teil scharf zutage traten, verstanden sich die Regierungsovertreter dann dazu, die Teuerungszuschläge für sämtliche Ortsklassen anstatt um 15 Prozent nunmehr um 20 Prozent zu erhöhen.

Vorlage überreichen wird. Man will sich ferner die Zustimmung der einzelnen Parteien sichern, um später die nachträgliche Genehmigung des Reichstags einzuholen.

Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden noch einmal den Ressortministern gegenüber die Notwendigkeit dieser von ihnen aufgestellten Forderung begründen.

Die Einberufung des Reichstages verschoben.

Auf den 27. September.

Der Reichstag hatte in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli beschlossen, die erste Sitzung nach den Sommerferien auf den 6. September anzuberaumen, für den Fall, daß die Beratung der Steuererlasse bis dahin in allen Instanzen erledigt sei.

Eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist vorläufig auch nicht beabsichtigt.

Sitzungen des Reichswirtschaftsrats.

Weiter berichten die P.M., daß der Arbeitsausschuss zur Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes am Montag, den 22. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Zimmer 586 des ehemaligen Kriegsministeriums zu einer Sitzung zusammengetreten wird.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

London, 23. August. (G.E.) Der „Daily Telegraph“ meldet: Aus Washington einlaufende Nachrichten erklären, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bald von der amerikanischen Regierung beschlossen werde.

„New York World“ berichtet, daß dieser Vertrag, der in Ausarbeitung begriffen sei, die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege nicht erwähne. Die meisten Bestimmungen dieses in Vorbereitung befindlichen Dokuments laufen auf den Abschluß eines Handelsvertrages hinaus.

Horthy-Ungarn und Rußland.

Der Präsident der ungarischen Kammer, St. v. Radowitzky, hat sich an den Deutschen Reichstag und alle anderen Parlamente Europas gewandt, damit sie für die Freilassung der jetzt noch in Rußland zurückgehaltenen 60 000 ungarischen Kriegsgefangenen eintreten.

Die ungarischen Kriegsgefangenen werden befanntlich von der russischen Regierung als Geiseln für das brutale Regiment der Horthy-Regierung gegen die ungarische Arbeiterschaft zurückgehalten.

Vorstellungen der Reichsregierung zum Vorfalle am Bahnhof Friedrichstraße. Wie die P.M. hören, ist die deutsche Regierung im Anschluß an den Vorfalle am Bahnhof Friedrichstraße, wo französische Soldaten auf ihrer Durchreise von Oberhiesien nach dem Rheinland sich den Anordnungen der Schutzpolizei widersetzen und sich zu Tätlichkeiten hinreißen ließen, beim französischen Geschäftsträger mit der Bitte vorstellig geworden.

Zum Bezirksrat für die Provinz Brandenburg. Der Bezirksvorstand für die Provinz Brandenburg sendet uns folgende Mitteilung zur Ergänzung des Berichtes über den Verlauf des Brandenburger Parteitages: Einige zur Programmfrage gestellte Anträge, die eine Abhebung der Programmdiskussion von der Tagesordnung des örtlicher Parteitages forderten, fanden dadurch ihre Erledigung, daß der Antrag des Genossen Wels: „Der Provinzpartei tag billigt die Tagesordnung des örtlicher Parteitages“ gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

Neue Mieterhöhung?

Von Dr. jur. E. Holz.

Nach einer Notiz im Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine hat kürzlich bei Bürgermeister Ritter eine Sitzung betreffend die Reuefestsetzung der Höchstmietenzuschläge stattgefunden, an der Vertreter des Magistrats und eine Abordnung der Berliner Hausbesitzervereine teilgenommen haben.

Bei Erörterung dieser Frage darf man nicht lediglich von rechnerischen Gesichtspunkten ausgehen. Wenn die Rohmaterialien für Herstellung von Schokolade teurer werden und deshalb der Preis der Pralines steigt, so mag man das vom rechnerischen Standpunkt aus betrachten und für richtig halten; wer den höheren Preis nicht bezahlen kann, muß eben den Konsum von Pralines einschränken, ohne daß seine Lebensnotwendigkeiten darunter leiden.

Scheinbar haben diese Erfolge der ländlichen Agrarier ihre städtischen Vettern nicht ruhen lassen. Hier ist nur ein kleiner Unterschied: Die Hausagrariere produzieren nicht jedes Jahr neu, ihr Produkt ist da, und die Allgemeinheit ist deshalb nicht auf ihren guten Willen angewiesen. Sie haben also nicht die Macht, alles durchzusetzen, was sie wollen. Verfehlt wäre es allerdings, nun in das andere Extrem zu verfallen und ihnen gar nichts zu bewilligen; aber was bewilligt werden kann, das kann ohne Rücksicht auf die Verteilung der Machtverhältnisse rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft werden.

Die Erhöhung der Mietzuschläge ist erfolgt auf Grund eingehender Prüfung aller Verhältnisse, insbesondere der vom Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine eingereichten Lastentabellen; sie ist sogar noch um 2 1/2 Prozent über die ziffernmäßig nachgewiesene Erhöhung der Lasten vom 1. Juli 1920 bis 1. April 1921 hinausgegangen. Warum also diese neue Erhöhung? Für eine weitere Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Lasten ist ja schon ein Spielraum geschaffen; und was es durchaus notwendig ist, da mag der Hausbesitzer beim Mitteilungsamt einen Antrag aus § 10 der Höchstmietenerordnung auf Gewährung eines Sonderzuschlages stellen. Das aber wollen die Hausbesitzer nicht, denn da müssen sie den Mietern

Ihre Verhältnisse klarlegen. Sie wollen gern alles Risiko auf die Mieter abwälzen, wollen sich gern ihr sogenanntes eigenes Kapital verzinsen lassen; aber den Mietern Einblick in die Verwaltung des Hauses geben, das würde doch gegen den Herr-im-Haus-Standpunkt verstoßen. Deshalb erstreben sie eine allgemeine Heraushebung der Zuschläge; denn sie wissen, daß bei der eigenartigen Auffassung unserer Mieteinigungsämter die Höchstzuschläge Mindestzuschläge sind, die in fast allen Fällen schematisch ohne jede Nachprüfung bewilligt werden. Und diese Zuschläge kommen nicht auf die wirkliche Friedensmiete von 1914, sondern, nachdem die Mieteinigungsämter in Tausenden von Fällen die angeblich zu niedrige Friedensmiete recht erheblich erhöht und auf diese Weise ganzen Stadtteilen nachträgliche Konjunkturgewinne zugeführt haben, auf diese so erhöhten Friedensmieten. Und die Mieter müssen nach wie vor zahlen, ohne ihre Nase in die Verwaltung des Hauses stecken zu dürfen.

Wie aber ist es mit der Erhöhung der Unterhaltungskosten? Für große Hausreparaturen werden Sonderzuschläge gefordert und von den Einigungsämtern auch bewilligt, leider in Formen, die den Zweck des § 10 der Höchstmietverordnung, dem Bauparkt Beschäftigungsmöglichkeit unter Heranziehung und Beteiligung von Vermietern und Mieterchaft zu geben, bisher nicht in nennenswertem Maß erreichen. Für die allgemeinen Zuschläge kommen diese also gar nicht in Betracht. Die laufenden Reparaturen aber sind nach wie vor in der durch einzelne Ausnahmen höchstens bestätigten Regel entweder überhaupt nicht gemacht, oder von den Mietern auf eigene Kosten. Die eigenartige Praxis der Mieteinigungsämter hat es fertig gebracht, die Bestimmung des § 8 der Höchstmietverordnung, der an Stelle des durch die gedruckten Formularmietverträge der Hausbesitzervereine verbrieften Unrechts den im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen Zustand der Reparaturpflicht des Vermieters wiederherstellen wollte, in der Praxis wirkungslos zu machen. Also wozu die Mieterhöhung? Ja, sagen die Hausbesitzer, wir haben bisher nichts machen lassen, weil eben die Zuschläge zu niedrig waren; geht uns ausreichende Zuschläge, und wir lassen die Reparaturen eben machen! Mit Verlaub, ihr Herren, wer garantiert uns aber dafür? Schon im Dezember 1910 hat der preussische Wohlfahrtsminister in seinen Erklärungen zur Höchstmietverordnung darauf hingewiesen, daß ausgiebig berechnete Höchstzuschläge nicht ohne weiteres die Erfüllung der Reparaturpflicht der Hausbesitzer garantieren, und die Erfahrungen seither haben die Zweifel des Wohlfahrtsministers als nur zu begründet erscheinen lassen. Die Friedensmiete ist erhöht, das Risiko leerstehender Räume ist fort, die Kosten von Neuermietungen sind beschränkt, eine Erhöhung der erhöhten Mieten um 45 Proz. ist eingetreten, und nur ein winziger Bruchteil der Reparaturen wird gemacht, die im Frieden bei angeblich unzureichenden Mieten, stark fluktulierender Bevölkerung und einem Ueberschuß an leeren Wohnungen gemacht worden sind. Wer also garantiert, daß das anders wird? Etwa der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, der den Reparaturstreik propagiert hat, der den Steuerstreik angeklügelt hat, der die städtischen Behörden mit formularmäßig vorgeordneten Stundungsgesuchen für alle städtischen Gebühren überschüttet hat, der selbst bisher immer nur geschrien, aber nichts Positives zur Erleichterung der Wohnungsverhältnisse getan hat? Solange nicht bei einer Erhöhung der Mieten Vorlesung dafür getroffen wird, daß die erhöhten Beträge nicht bloß in die Taschen der Hausbesitzer fließen, im übrigen aber alles beim alten bleibt und die Mieter „mit zu feggen“ haben, solange ist jede weitere Mieterhöhung ungerechtfertigt. Und noch eins mag hier erwähnt werden: Wenn täglich neu produzierte Güter im Preise steigen, so kann doch, wenn die Verhältnisse sich ändern, der Preis ohne besondere Schwierigkeiten wieder herabgesetzt werden; wird aber die Miete durch allgemeine Zuschläge erhöht, dann erhöht sich die Grundrente, und diese Erhöhung kann durch entsprechende Erhöhung der Besteuerung, für die ja der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine eine eigene Hypothekendarf besitzt, verdinglicht und damit verewigt werden. Alles das ist schon bei den bisherigen Erhöhungen der

Mietzuschläge zu wenig, bei der Erhöhung der Friedensmieten durch die Mieteinigungsämter überhaupt nicht berücksichtigt worden. Die bisherigen Erhöhungen haben sich in einem immerhin erträglichen Rahmen gehalten; diesen Rahmen fängt man an, jetzt zu überschreiten. Um so notwendiger ist es, daß der Magistrat, der allein über die neuen Anträge auf Erhöhung zu beschließen hat — der Wohnungsausschuß ist nur beratendes Organ —, alle diese Gesichtspunkte auf das eingehendste prüft, ehe er eine Entscheidung fällt, deren Folgen vielleicht sehr schwerwiegend werden können.

Die Partei des Hinauswurfs.

Der kommunistische Parteitag, der gegenwärtig in Jena tagt, zeichnet sich wie seine Vorgänger durch die „Einstimmigkeit“ seiner Beschlüsse aus. Das konnte um so mehr überraschen, als bekannt ist, daß in der „vereinigten“ KPD. tatsächlich eine sehr erhebliche Uneinigkeit in den Grundfragen und Anschauungen besteht.

Indessen ist diese Rätsel Lösung bald zu finden. In der „Düsseldorfer Volkszeitung“ werden einige Geheimnisse über die Wahl der Delegierten in den rheinischen Ortsgruppen der Kommunisten mitgeteilt. Nach den Angaben dieses unabhängigen Blattes hat man von der Zentrale unter Leitung von Walter Ströder an die Bezirke und Ortsgruppen bezüglich die geheime Anweisung ergehen lassen, keinerlei Versammlungen über den Parteizweck mehr einzuberufen, dagegen die Delegierten auf illegalem Wege durch die Vorstände der Ortsgruppen zu bestimmen. Als Hinter diese Anweisung der Mitgliedschaft in verschiedenen Orten doch zu Ohren kam, hat die Zentrale nachträglich bestimmt, die Wahlen der Form halber doch noch durch die Mitgliedschaft vornehmen zu lassen, jedoch dürften nur die vom Vorstand vorge schlagenen Personen gewählt werden. Die Ortsvorstände wurden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nur Befürworter und Anhänger der Märzaktion auf die Vorschlagsliste kämen.

Es entspricht ganz dem Witz, das die Zentrale der KPD. bisher von sich gegeben, wenn sie durch eine solche Anweisung sich einen gefügigen Parteitag zusammensetzen läßt. Die Opponenten gegen diese zentrale Unterdrückungspolitik werden nach Moskauer Muster bekanntlich mit fühnem Schwunge vor die Tür befördert. Der kleine Gezer und der ebenso kleine Düwel haben das ja erst jetzt in Jena wieder erfahren müssen. Vielleicht ist es den Matzahn, Neumann und Mora Zeitlich, die auf dem Moskauer kommunistischen Kongress die deutsche Opposition vertraten, ähnlich so ergangen. Denn man hat aus der kommunistischen Presse nur erfahren können, daß auf diesem Kongress in der Frage der deutschen Kommunisten der bekannte „einstimmige“ Beschluß gefaßt worden ist, der die Richtung Paul Levys und eines jeden enthält, der mit Levys weitere Gemeinschaft hatte. Da die genannten drei Oppositionsdelegierten zum Kreise der Leviten gehörten, so können sie doch unmöglich dem „einstimmigen“ Beschluß zugestimmt haben. Die Frage ist also, ob sie sich Willkür unterworfen haben oder unbillig hinausgeworfen wurden. Es wäre interessant, darüber aus der kommunistischen Presse einiges Nähere zu erfahren. Aber man wird wohl aus begreiflichen Gründen darauf warten können.

Sucht vor Neuwahlen.

Die Entscheidung, in der sich der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg für die Neuwahl des Reichstags ausspricht, im Falle, daß die Regierung an der Gesamtheit ihres Steuerprogramms festhalten sollte, hat in der Presse bereits einen Widerhall gefunden, der, je nach der Parteistellung der Blätter, verschiedenartig ausklingt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ zum Beispiel, das Organ des Bundes der Landwirte, findet, daß die „Steuerfrage den Hebel abgeben sollte, an dem die vereinigten (?) Sozialisten und vor allem allgemein menschliches Interesse. Neuwahlen hat diese Frage nun Medizinrat Dr. Henn in der „Zeitschrift für Reibungsbeamte“ zur Besprechung gestellt. Nach ihm ist die Sterbehilfe seitens eines Arztes nur dann gestattet, wenn der Kranke selbst es fordert, aber nicht, wenn der Kranke dazu nicht in der Lage ist. Mit Recht lehnt Henn daher bei willkürlichen Geisteskranken eine Entscheidung des Lebens ab, und auch nicht ein Arzt allein darf die Entscheidung treffen, sondern höchstens ein Kollegium oder eine Kommission, um jede Fehldiagnose möglichst auszuschließen. Als Kranke, bei denen die Sterbehilfe vorzugsweise in Frage kommen kann, bezeichnet Henn Krebs und Tuberkulose, unter Umständen auch schwere Herz- und Nierenleiden, Rückenmarksleiden, Altersbrand usw. Aber stets ist die Voraussetzung, daß der Kranke, der unter körperlichen Qualen leidet, nach menschlichem Urteil unrettbar dem Tode verfallen und selber die Sterbehilfe verlangt.

Die Frage der Euthanasie, d. h. des schmerzlosen Todes hoffnungsloser Kranker durch Eingreifen des Arztes, ist schon vielfach erörtert und in Fachblättern, in wissenschaftlichen Büchern, in Romanen und selbst in Dramen behandelt worden. Das Problem der Sterbehilfe hat ja nicht nur medizinisches, sondern auch juristisches und vor allem allgemein menschliches Interesse. Neuwahlen hat diese Frage nun Medizinrat Dr. Henn in der „Zeitschrift für Reibungsbeamte“ zur Besprechung gestellt. Nach ihm ist die Sterbehilfe seitens eines Arztes nur dann gestattet, wenn der Kranke selbst es fordert, aber nicht, wenn der Kranke dazu nicht in der Lage ist. Mit Recht lehnt Henn daher bei willkürlichen Geisteskranken eine Entscheidung des Lebens ab, und auch nicht ein Arzt allein darf die Entscheidung treffen, sondern höchstens ein Kollegium oder eine Kommission, um jede Fehldiagnose möglichst auszuschließen. Als Kranke, bei denen die Sterbehilfe vorzugsweise in Frage kommen kann, bezeichnet Henn Krebs und Tuberkulose, unter Umständen auch schwere Herz- und Nierenleiden, Rückenmarksleiden, Altersbrand usw. Aber stets ist die Voraussetzung, daß der Kranke, der unter körperlichen Qualen leidet, nach menschlichem Urteil unrettbar dem Tode verfallen und selber die Sterbehilfe verlangt.

Schnapsmillionäre. Die Untersuchung, die von Mr. Bartlett, einem Führer der amerikanischen Antialkoholbewegung, über die Sequesten des amerikanischen Alkoholverbotes angestellt worden ist, hat zu geradezu tröstlichen Ergebnissen geführt. Man trinkt, nach dem in der „World“ veröffentlichten Bericht Bartletts, heute in den Vereinigten Staaten noch mehr Alkohol als früher; der Unterschied besteht nur darin, daß man heute schlechteres Zeug trinkt, das die Vergiftungsgefahr noch erhöht. Die kleinen Destillationen, die sich mit der Erzeugung von Fusel befüßigen, scheinen wie Pilze aus der Erde, auch fehlt es nicht an Beuten, die im eigenen Hause ihren Alkoholbedarf herstellen. Dabei liegt es in der Natur der Dinge, daß alle diese heimlich bereiteten Getränke von minderewertiger Güte sind und obendrein enormes Geld kosten. Der Vorschlag der Regierung, der die Ersparung von 50 Dollars für das Jahr und die Familie herausrechnete, wird dadurch energisch blass gestraft. Die in der Stille ihres Amtes waltenden Destillateure erzielen Gewinne von 400 bis 2000 Prozent, so daß man ihre Einnahmen auf 215 Millionen Dollars im Jahre schätzt. Sie sind so auf dem besten Wege, im Reiche der Finanz- und Milliardärkönigen des Äthens, des Büchsenreiches und des Petrolums den Rang abzulassen. Trotz den schlechten Erfahrungen, die mit dem Alkoholverbot gemacht hat, sind aber die amerikanischen Entschlossenheitsminister drauf und dran, nach dem Alkohol nun auch dem Tabak den Garaus zu machen. Auf Schritt und Tritt werden in den großen amerikanischen Städten die Raucher auf der Straße von Propagandareitern belästigt, die ihnen die Gefahren des Rauchens schildern und sie zur Abkehr von ihrem unheilvollen Wege zu überreden suchen.

Mörderische Maschinen. Nicht nur der Seemann betrachtet sein Schiff als eine Persönlichkeit, der er allerlei Handlungen und Gefühle zuschreibt, sondern auch sonst tritt der Arbeiter zu der Maschine nicht selten in ein engeres Verhältnis, indem er ihr leerenloses Wesen barmherzig und ihr allerlei Räden und Täden zuschreibt. Jola

bringen“. In der „Vossischen Zeitung“ hingegen wird den Sozialdemokraten begreiflich zu machen versucht, daß die Steuervorlagen das Reichskabinett passiert hätten und insfolgedessen auch die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts an diese Vorlagen gebunden seien, solange sie nicht selber die Konsequenzen zögen, aus dem Kabinett auszutreten.

Vor Neuwahlen auf Grund dieser Steuerparole hat jedoch die demokratische „Vossische Zeitung“ eine bemerkenswerte Abneigung. Sie ist der Meinung, daß die Deutschnationalen und die Volkspartei mit einer demagogischen Ausschlagung der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über die Erfassung der Goldwerte alle kleinen Landwirte und sonstige Kreise des Kleinbürgertums auf ihre Seite ziehen und damit die Mittelpartei einlagern würden. Eine scharfe Opposition gegen rechts, d. h. ein rückwärtsloses Eintreten für die Erfassung der Goldwerte, würde ihnen breite Wählermassen abtreiben und ihre Wahlausichten beträchtlich verschlechtern. Deshalb würde die Entscheidung des Volkes die Lösung des Problems nicht erleichtern, sondern erschweren.

Das ist allerdings eine recht merkwürdige Auffassung von der Demokratie. Die sozialistischen Minister sind bekanntlich in das Koalitionskabinett von der sozialdemokratischen Fraktion delegiert worden. Wenn die Mehrheit des Kabinetts gegen ihre Meinung Gesetzesvorlagen durchdrückt, so hat selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion und Partei das Recht und die Pflicht, diese Vorlagen kritisch zu würdigen und ihren Ministern die Wege zu weisen, die sie zu beschreiten haben.

Durch die Annahme des Ultimatus haben die Koalitionsparteien die Verpflichtung übernommen, die von der Entente geforderten Entschädigungssummen aufzubringen und dementsprechend die Einnahmen des Reiches zu gestalten. Daß diese Einnahmen aber fast nur in Form von solchen Steuern erhoben werden sollen, die die breiten Massen des Volkes belasten, während die Besitzer der Sachwerte sich von der Steuerlast brücken können, kann die Sozialdemokratie nie und nimmer zugeben. Wenn die Demokraten allerdings nicht den Mut haben, die Heranziehung dieser Goldwerte für die Opfer des Reiches ernsthaft zu fordern und vor den Wählern zu vertreten, so dürfte ihre Furcht vor der Abstimmung in Neuwahlen durchaus berechtigt sein.

Deutschnationale Verleumdungen.

Zu dem Verdict über die Strafkammerverhandlung gegen den Redakteur Ademann von der „Deutschen Tageszeitung“ wegen Verleibung des Generals Otto Braun (Nr. 898 des „Vorwärts“) tragen wir aus der Urteilsbegründung noch nach, daß nach der Feststellung des Gerichts bei dem Bezuge der Aufwandsentschädigung durch den Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister absolut einwandfrei verfahren sei und daß daher der Vorwurf der Rechtswidrigkeit oder Unanständigkeit jeder Verurteilung entbehre. Wäre der Angeklagte diesen Vorwurf nicht erheben, wie er zu seiner Verteidigung anführt, dann dürfte er die Wendung von dem „Minister mit den tiefen Taschen“ nicht gebrauchen, denn er müßte wissen, daß das von den Lesern nur in dem erwähnten bleibenden Sinne gedeutet werden konnte. Auch der gegen den Minister erhobene Vorwurf der Lüge sei völlig unbegründet, denn irgendein Beweis, daß der Minister gelogen oder auch nur objektiv von der Wahrheit abgewichen, sei nicht erbracht. Auch sei nicht erwiesen, daß in den Versicherungen des Pressedirektors des Ministeriums, die nicht einmal von dem Minister herrühren, auf die sich aber der Angeklagte stütze, Unwahrheiten enthalten wären.

Das Gericht kam senach zu dem Schluß, daß der Angeklagte sich schwere Verleibungen des derzeit höchsten Beamten Preußens schuldig gemacht habe. Wenn es gleichwohl von Gefängnisstrafe abgesehen habe, so nur deshalb, weil es als strafmildernd in Betracht gezogen habe, daß der Angeklagte noch unbescholtet sei, obwohl er bereits 10 Jahre den politischen Teil seines Blattes leitete und zudem der inkriminierte Artikel in der Pige des Landtagswahlkampfes geschrieben sei.

hat in dem Helden seines Romans „Die Bestie im Menschen“ einen Lokomotivführer geschildert, der mit seiner Maschine eine Art Ehe eingegangen hat. Diese Auffassung führt zu mancherlei Überdauern. So wurde kürzlich von einem „Lobesaut“ berichtet, einem großen Benzwagen, der ursprünglich dem Prinzen Heinrich von Preußen gehörte. Gleich nachdem der Prinz den Wagen gekauft hatte, soll dieser einen Passanten geblutet haben und deswegen verkauft worden sein. Daraufhin ging das Auto durch drei weitere Hände, und jeder Besitzer gab es wieder fort, weil er mit ihm einen Menschen überfuhr. Der vierte soll dieser Art, der wieder ein Todesopfer forderte, passierte erst vor kurzem auf der Kölner Rheinbrücke. Aus diesem Anlaß erzählt ein amerikanisches Blatt von einer Lokomotive der Pennsylvania Railroad, die den Namen „Der Mörder“ erhalten hatte, weil mit ihr beständig Unglücksfälle passierten. Die meisten Lokomotivführer erzählen von den Tugenden ihrer Maschinen; die eine gilt für gutartig, bei einer anderen wieder muß man vorsichtig sein, und bei einer dritten ist „alles verhängt“. Eine solche Maschine war der „Mörder“, die im ersten Jahr bereits drei Menschen tötete, während eine größere Anzahl anderer nur mit knapper Not ihren Rädern entging. Schließlich wollte niemand mit der Maschine mehr fahren, und sie wurde daher auscongiert. Doch begnügt man sich nicht damit, sie für andere Zwecke weiter zu verwenden, sondern auf das Verlangen der Arbeiter wurden alle ihre Teile einzeln vernichtet. Es besteht nämlich der Glaube, daß jeder Teil einer solchen Unglücksmaschine, der noch weiter verwendet wird, seine gefährlichen Eigenschaften auf die andere Maschine überträgt und auch diese wieder zu einem Mörder macht.

Lieber Vorwärts! Auf meiner diesjährigen Erholungsreise mußte ich in einer kleinen thüringischen Stadt übernachten. Da es noch nicht Schlafenszeit war, vertrieb ich mir im Wohnzimmer die Zeit mit Lesen und geriet nach der Lektüre des Ortsblattes an das Telefonverzeichnis für Thüringen. Da fand ich unter „Reinigen“ als ersten Teilnehmer „Seine Hoheit der Herzog Großes Palais 77“ und dann begann erst das eigentliche Telefonverzeichnis mit „Fritz Ademann“ usw.

„Donnerwetter!“ sagte ich zu mir, in solch kleiner Stadt haben sie nach ein Verzeichnis, das schon einige Jahre alt ist. Verschwiegenweise lese ich mir das Titelblatt des Verzeichnisses an und lese: „Mittliches Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Erfurt vom 20. November 1920.“

Als zwei Jahre nach Konstituierung der Republik und Aufhebung aller Adelsvorrechte hat der für Zusammenstellung und Herausgabe des amtlichen Fernsprechverzeichnisses für den Oberpostdirektionsbezirk zuzuwenden und bei festgestellten Verlässen gegen die Republik, die ihm zu essen gibt, derartig zu verhöhnen.

Was sagt der Postoberste dazu?

Theater. Direktor Winterfeld eröffnet am 1. Sept. die Spielzeit der „Vollsperrter“ im Hoftheater mit Offenbachs „Schöner Helena“. Der Komiker Jacob Bartholdis, der schon in viele solche Verleibungen ergraben hat, wird demnächst eine neue Verleibung erleben, die durch den neuen Kulturrat an Wollfied und Johanna Winkel. Die 1917/18 erhaltene Probe des Dokumentes dieser oder jener Verleibung, hat dann Kintels derartige Glück seinen Namen in aller Eile gedruckt.

Neuerwerbungen der Nationalgalerie.

Trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel hat Direktor Justi für die ihm unterstellte Galerie einige interessante Neuerwerbungen beschaffen können, die jetzt in der Nationalgalerie (im ehemaligen Marées-Zimmer im linken Flügel) ausgestellt sind. Diese Bilder bilden wertvolle Ergänzungen zum bisherigen Bestande der Galerie.

Vor allem gilt das von Alfred Reiche's Gemälde „Der Eintritt Karls V. in das Kloster“. Der große Geschichtsmaler, der in der Zeit des historischen Romantismus wirklich Monumentalität aufbrachte, ist bisher nur durch ein Jugendbild aus der Düsseldorf-Beherzeit und durch fünf Kartons für seine größte Schöpfung, die Fresken aus dem Leben Karls des Großen im Kaiserlichen Rathhaussaal, in Berlin vertreten. Die Neuerwerbung zeigt Karl V. müde und erdrückt von der Sorgenlast, Frieden im Kloster zu St. Just suchend. Der Kontrast der beiden Welten ist kraftvoll herausgearbeitet, besonders in der Gestalt und den Zügen des Kaisers. Die Hauptfiguren (im Klosterhof) sagt farbiger nicht allzuviel, der Ausblick durchs Tor auf eine hellere südliche Landschaft bringt dafür harte farbenfrohe Akzente. Die Nacht und die Tiefe des Werkes, das in die Mitte der vierziger Jahre anzusehen ist, erschließt sich nicht auf den ersten Blick, es bedarf für den modernen Beschauer der Unarbeit, um seine Qualitäten zu offenbaren.

Gewinnender präsentiert sich eine große Dessigne zu Marco Polo's Reiseerzählungen „Venedig huldigt der Katharina Cornaro“, der als Dokument höher, in der Gründerzeit ungeschwätzlich überschätzter Meisterkunst in unserer Galerie prunkt. Der Entwurf zeigt die leichte Grazie eines dekorativen Impressionisten, in der Komposition ist Athanasius und Schwung, und auch die Farbe hat im Gegensatz zu den schweren, nachgedunkelten Altpolymassen der Ausführung heitere Sinnlichkeit.

Ein paar Proben reizvoller Kleinmalerei aus der Biedermeierzeit stammen von Kerling, dem romantisch-gefühlvollen Genremaler Caspar David Friedrichs. Die Bildchen entstanden im Jahre 1815; es sind Erinnerungen an die Lüchow-Zeit. (Kerling war auch Lüchow-Jäger.) Das eine zeigt Körner und seine Freunde auf Wappstein im Walde, das andere Körners Braut, den Gefallenen Eichenkränze windend. Entzückende Naturlist, köstliche Naturbeobachtung ist in diesen höchst sauber gearbeiteten Bildchen, die auch materielle Frische, ja sogar etwas Keckheit zeigen.

Am Kronprinzen-Palais sind als Leihgaben vom ersten und zweiten Kaiser von Kolohe und Arzpenko zu sehen. Sie sind in ihrer Gegenständlichkeit höchst anschauliche Verkörperungen verschiedener bildhauerischer Tendenzen, beide in ihrer Art vollendet und so geeignet, zu tieferehenden Betrachtungen zu führen.

R. H. D.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

(Siehe auch „Vorwärts“ Nr. 373 und 378.)

Konrad Sig gab den Bericht des Sekretärs. Er schließt die internationalen Beziehungen seit dem letzten Kongress. Mit Amerika besteht wieder Verbindung, indem die große Organisation der Maschinenbauer dem Bunde wieder beigetreten ist. Auch mit Rumänien und Südspanien sowie mit Spanien wird wieder Verbindung angeknüpft. Da die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Amsterdam und Moskau unzulässig ist, können die Russen nicht beitreten. — Die gewerkschaftliche Aktion allein genügt nicht, sie müsse durch die politische ergänzt werden. Eine Befreiung der Arbeiterklasse kann es nicht geben, solange der Kapitalismus nicht beseitigt ist.

Dihmann-Stuttgart eröffnet die Debatte mit dem Hinweis auf die Weltkrisis. Der internationale Informationsdienst müsse besser werden, sowohl durch den Amsterdamer Bund wie durch den Metallarbeiterbund. Wertheim-Frankreich meint, die Notwendigkeit politischer Aktionen zu sehr betont. Der Wiederaufbau könne nur eine Leistung der wirtschaftlichen Bewegung sein. Rummer-Deutschland führt aus, der Widerstand und die Widerstandskraft gegen den Krieg seien noch immer zu gering. Russland könne man nur aus den Schilberungen der Diktatoren, nicht aus solchen der Arbeiter. Man brauche auch die russischen Arbeiter. Der Schwerpunkt der Internationalen sei nicht im Osten, sondern im Westen, in Amerika. Er wünscht stärkere Propaganda. Stein-Oesterreich führt auf Grund der Verhältnisse seines Landes aus, daß man sich nicht auf gewerkschaftliche Bewegung beschränken dürfe, sondern auch mit der politischen Bewegung rechnen müsse. Für letztere müsse man auch einreten, um gegen den Krieg stark zu sein.

Bischof-Berlin berichtet, daß

54 Delegierte aus 18 Landesorganisationen

anwesend sind.

David-England berichtet über die Kassenrevision. Der Bericht des Sekretärs wird durch Abstimmung einstimmig genehmigt. Bezüglich der Abänderung der Satzungen wird über die Vorschläge der Vermittlungsanstalt von Brownlie-England angenommen, wonach ein Stundenlohn, höchstens aber 1 Schilling 9 Pence für 1000 Mitglieder gezahlt werden soll. Die Frage der Extrabeiträge bei großen Kämpfen wird durch Annahme eines Kommissionsantrags erledigt, wonach von den einzelnen Verbänden Extrabeiträge bis zur Höhe eines Stundenlohns für die Arbeiter durch das Zentralkomitee eingezogen werden können.

Brandes-Stuttgart begründet namens der sozialpolitischen Kommission folgende Resolution für die

Wahrung des Achtstundentages:

Der Kongress bekräftigt den Beschluß des Zentralkomitees vom 17. März betreffend Krisis, Lohnabbau und Arbeitszeit. Er stellt fest, daß sich die Krisis mit ihrer Verheerung der Arbeiterklasse seitdem erheblich verschärft hat. Der Kongress fordert deshalb von den angeschlossenen Landesorganisationen die Befolgung des vorstehend genannten Beschlusses, insbesondere der Einhaltung des Achtstundentages als Maximalgrenze der täglichen Arbeitszeit.

Der Kongress steht in der Leistung von Ueberstunden, soweit sie nicht in der Folgezeit durch entsprechende Freizeit abgelöst werden, eine große Gefahr für den Achtstundentag, die energisch zu bekämpfen ist.

Der Kongress fordert schließlich von den angeschlossenen Organisationen eine systematische Aufklärungsarbeit für die Notwendigkeit der Abkündigung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische, da erst mit Einführung der letzteren dem Elend der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet das Ende bereitet wird.

Die Resolution wird angenommen.

Dames beantragt namens der österreichischen Delegation eine Entschließung zugunsten der ungarischen Internierten. Der Kongress fordert, daß von der Bedingung, die Besatzmächte müssen unbedingt und dauernd in Rußland Aufenthalt nehmen, Abstand genommen wird. Wegen der materiellen Unterstützung der betroffenen ungarischen Kollegen soll das Bundessekretariat bei den angeschlossenen Verbänden die notwendigen Schritte unternehmen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

In der Schlußsitzung fanden die Resolutionen der politischen Kommission über die Rüstungsindustrie und über den Frieden zur Verurteilung. Wertheim-Frankreich empfiehlt dringende Entschließungen zur Annahme. Brownlie-England erklärt, das Friedensproblem könne nur in jahrelanger Arbeit gelöst werden, nicht nur durch eine Resolution, die bald vergessen ist. Dihmann-Stuttgart jagte: Für uns gibt es

keine Sieger und keine Besiegten,

sondern nur Gefallene. Was uns die Engländer auf dem Londoner Gewerkschaftskongress sagten: „Die Millionen Toten, die Millionen Wunden und die Blutopfer alle sind der Ritt, der uns zusammenführt.“ das gilt.

Zwei Friedensresolutionen wurden unter großem Beifall einstimmig angenommen, deren erste in den Satz ausläuft, daß nur der revolutionäre, vom Klassenbewußtsein getragene Kampfsatz die Befreiung der Völker in der Bewirkung des Sozialismus zeitigen kann. Die zweite Entschließung bekräftigt die in Bezug auf die Friedensverträge und kriegerischen Handlungen am 17. März 1921 vom Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes gefassten Beschlüsse und fordert die angeschlossenen Organisationen auf, mit allen Kräften und in enger Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam im Sinne des vorstehenden Beschlusses zu wirken. Die Resolution

gegen die Rüstungsindustrie

erinnert an den Beschluß des 8. Kongresses vom 23. August 1920 und bekräftigt denselben, der dahin geht, die Fabrication von Waffen, Munition und Kriegsmaterial gegen welcher Art zu verweigern. Der 9. Kongress, am 10. August 1921 fordert außerdem die Metallarbeiter aller Länder auf, den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus fortzusetzen. Er beauftragt sein Sekretariat, eine Statistik einzuleiten, um die wirkliche Arbeiterzahl jeder Nation festzustellen, die mit der Herstellung von Waffen, Munition und letztem Kriegsgüter beschäftigt ist und verpflichtet jede Nation, die hierzu erforderliche Auskunft zu geben. Zum Schluß wird die Kopienhager Resolution bekräftigt, welche die Metallarbeiter der ganzen Welt auffordert, jedem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, gegen den Krieg Folge zu leisten.

Zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten wurde auf Antrag Wertheim beschlossen, daß die Arbeiter in dem Bunde organisiert sein sollen, in dem sie beschäftigt sind.

Als Sitz des Bundes wird die Schweiz bestimmt und Sig zum Sekretär des Bundes. Das Exekutivkomitee wurde bestellt aus Dihmann für das deutsche, Wertheim für das romanische, Brownlie für das angelsächsische und Hannsen-Dänemark für das skandinavische Sprachgebiet.

Der Vorsitzende Reichel-Stuttgart würdigte zum Schluß die Bedeutung des Kongresses. Der umfasse bei vorsichtiger Zählung 3½ Millionen Mitglieder. Möge auch in Rußland eine gewisse Wirkung kommen, die die dortigen Kollegen in unsere Reihen führt. Unter dem Gesang der Internationale endete der Kongress.

Übermals verboten. Unser Duisburger Parteitag, die „Volksstimme“, ist am Montag von der Besatzungsbehörde zum zweiten Male auf acht Tage verboten worden. Als Grund wird ein Artikel, der für die Aufhebung der Sanktionen eintritt, und in dem u. a. auch die Besatzungsgruppen angegriffen worden sein sollen, bezeichnet.

Groß-Berlin

Allerlei Papier.

Eine Ausstellung in der Philharmonie, genannt Berliner Papiermesse, zeigt deutlich, daß Kritik und Unschönheit in diesem zusammengetragen, genau so widerwärtig wirkt, wie am Einzelstück. Nicht immer sind hierfür die Industrie oder wie hier in diesem Falle die Papierwarenhändler als Veranstalter der Messe, verantwortlich zu machen; selbstverständlich sind immer die billigsten und häßlichsten Sachen beim großen Publikum die begehrtesten. Nur wäre zu untersuchen, ob der Händler statt der fähen erottlichen Sachen des Pariser Salons mit Ausnahmen, die gerade die Grenzen der Schicklichkeit streifen, nicht mit künstlichen Seindruckzeichnungen u. a. das selbe Geschäft machen könnte, wenn er den ersten Artikel eben nicht führt.

Es wäre zu fragen, ob statt der tausenderlei billiger Geschenkartikel, die so ein Papiergeschäft als Haupteinnahmequelle führt, die roten Liebesherzen mit Bauernmaserei, Briefbeschwerer und Alben, die Bücher für Kinder und Erwachsene, die eine bestimmte für das Papiergeschäft zugeschnittene literarische Note besitzen, ob eben diese Dinge nicht durch vollwertige Erzeugnisse zu ersetzen sind. Denn, wer weiß, wie schwer der Plunder aus der Wohnung vieler Kreise wieder zu entfernen ist, nachdem sich von ihm ein kleines Vermögen an den Wänden und auf Möbeln angesammelt hat, der wird diese kritische Einstellung verstehen. Wenn diese Ausstellung noch den Worten des Vorsitzenden des Landesverbandes der Papierwarenhändler als ein Organisationsinstrument des Verbandes und nicht aus Erwerbsrückichten zu betrachten ist, so muß der Verband noch viel lernen, was einer Messe den kulturellen Hintergrund zu geben vermag. Daß daneben auf dieser Ausstellung auch sehr hübsche Sachen zu sehen sind, sehr feine Briefpapiere, duftende Blättchen, die für den neuen Reichtum bestimmt sind, gute brauchbare Papierwäse, Stempelfisten mit Mechanik, die die Finger nicht mehr beschmutzen, neue eigenartige Maschinen für den Bureaubedarf und vieles Praktische, über das sich nicht alles reden läßt, das sei als selbstverständlich hingestellt. Aber eben die teureren und besseren Dinge, die nur in wenigen Geschäften anzutreffen sind, lehren, daß der Hauptwert des Papierwarengeschäfts heute noch in dem Begriff des alten billigen „Sajors“ liegt.

Als Beispiel dafür diene, daß sogar ein Stand vertreten ist, der die Abfallprodukte des Buchmarktes, die Ramschsachen und Restausfagen der aus dem Buchhandel gezogenen literarischen Ware, hier anpreist. Auch ein Stand mit ergebirgischen Spielwaren, mit den von Kindern geschnitten und bemalten Bauernhäuschen und Tieren ist vertreten. Und es ist lustig, alle diese kleinen Dinge zu betrachten, und es ist traurig, zu wissen, daß dahinter die kleinen Finger, die sie herstellen, nicht jact werden.

Der Mörder aus der Lange Straße.

Noch keine weiteren Aufklärungen.

Das Mädchen, das in der Nacht zum Montag von dem alten Händler Karl Grohmann in der Lange Str. 88 ermordet wurde, hatte sich in der Pappellallee, wo es wohnte, Schneiderin Emma Borekki genannt. Es ist jetzt festgestellt, daß diese Angabe falsch war. Die Ermordete ist in Wirklichkeit eine 35 Jahre alte, aus Dresden gebürtige frühere Köchin Marie Ritsche.

Die Vorgänge bei der Ermordung stellt der Verhaftete immer noch so dar, wie bei seinen ersten Vernehmungen. Ein angeblicher Diebstahl des Mädchens soll ihn in Wut verjagt haben. Das ganze Treiben Grohmanns in seiner Behausung wird im Laufe des heutigen Tages näher aufgeklärt werden. Viele Mädchen, die mit ihm zu tun hatten, haben sich entweder selbst gemeldet oder sind von der Kriminalpolizei ermittelt worden und werden heute im Polizeipräsidium vernommen werden, soweit sie noch nicht vernommen sind. Eine Zeugin, die von Grohmann betäubt worden war, hat nachträglich noch einen verdächtigen Umstand mitgeteilt. Kurz bevor sie sich durch ihre List mit dem Mörder den Ausgang aus der Wohnung verschaffte, wollte sie sich an der Wasserleitung die Hände säubern. Hierbei nahm sie aus dem Becken heraus einen sehr starken häßlichen Geruch wahr. Er kam von einem Gegenstand, der in dem Becken lag und von Grohmann zugebedt worden war. Dieser holte sie mit Gewalt von der Leitung wieder zurück und verbrachte sie am Waschen. Dem Verdacht, der aus solchen Befundungen erwächst, begegnet der Verhaftete selbst mit der Behauptung, daß ein etwaiger Gesank in seiner Wohnung von verendeten Kaninchen hergerührt haben müsse.

Von den anderen Mädchenmorden will Grohmann nach wie vor nichts wissen. Er bleibt dabei, daß er mit ihnen nicht das Geringste zu tun habe. Die Aufklärungsfälle, die bei ihm gefunden wurden, sollen von Mädchen herrühren, die sich mehrere Tage, bis zu 14 Tagen, bei ihm aufgehalten und ihn dann verlassen hätten. Er habe die Sachen ins Wasser geworfen, um sie zu reinigen und den Mädchen gesäubert zurückzugeben, wenn sie wieder zu ihm kommen sollten.

Allgemeine Schließung der Sportkonzerne.

Eine allgemeine Schließung der Sportbanken, Sportkonzerne usw. soll durch die Schulpolizei in Preußen vorbereitet werden. Die Aktion soll sich ohne Ausnahme auf alle derartigen Neugründungen erstrecken. Eine entsprechende Verordnung soll in Vorbereitung sein. Die Haftentlassung Köhns ist am gestrigen Tage noch nicht erfolgt, da der Rechtsbeistand des Festgenommenen einen offiziellen Antrag noch nicht gestellt hat.

Die Handelskammer zu Berlin teilt mit, daß sie schon vor mehreren Monaten an zuständiger Stelle auf die Unzulässigkeit der Firmenzufüge „Sportbank“, „Sportkonzerne“ und ähnliches hingewiesen und in wiederholten Fällen Abschlagsantrag sowie Antrag auf Einschreiten wegen Firmenmissbrauchs gestellt hat.

Propaganda-Woche für die weltliche Schule in Neukölln.

Die vereinigte Elternbeiräte der weltlichen Schulen Neuköllns fordern alle Organisationen, sowie Jugend, Freizeiter, Wanderer, Musik- und Gesangsvereine ohne Aussehen der Parteizugehörigkeit, die Interesse an der weltlichen Schule haben, zur Mitwirkung an der Einheitsdemonstration am Sonntag, den 4. September, auf. Vereine der Landeskongresse werden um Blumenpenden für die circa 6000 Kinder gebeten. Aufgaben erbeten an Oscar Hütel, Neukölln, Weststr. 24.

Vom Schulstreik in Bohnsdorf.

Der beschlossene Schulstreik hat gestern mit gutem Erfolge eingeleitet. Von 60 Kindern waren weit über 200 dem Schulumterricht ferngeblieben. 60 Proz. der Kinder stehen somit im Streik. Es ist zu erwarten, daß sich diese Zahl unter Hinzurechnung der erkrankten Kinder auf 75 Proz. erhöhen wird. Die Kinder werden während der Schulstunden mit Spielen beschäftigt. Als neuzeitliche Teilnahme in diesem Kampfe muß noch das Einschreiten der grünen Schulpolizei erwähnt werden, die von dem jeden Fortschritt hoffenden Leiter der Bohnsdorfer Schule ohne jede Veranstaltung herbeigerufen wurde. Der Wachhabende mußte sich aber sehr bald überzeugen, daß er vom

Schulleiter falsche Nachrichten empfangen hatte. Etwaigen Anträgen betreffs Schulstreifen gegenüber muß betont werden, daß auf Grund einer Verfügung des Ministers für Volksschulbildung Geldstrafen für Schulverweigerung nicht verhängt werden können.

Gegen die Kriegshetze.

Die Kaulsdorfer „Deutschnationalen“ laden zum 28. August alle ihre Anhänger, insbesondere Veteranen, Kriegsteilnehmer, Krieger- und Schützenvereine zu einer „Tannenberg-Gedenkfeier“ ein, verbunden mit „Großem Militärkonzert des Gardehusaren-Regiments Potsdam“, ein. Die Festrede hält Generalmajor von Briesberg. Außerdem: Lebende Bilder aus großer Zeit. Abends: Fackelzug und Alarmfeuer. Beginn nachmittags 3.30 Uhr im Vergorren, Frankfurter Allee. — Diese Veranstaltung muß alle Friedensfreunde zu gleicher Zeit zu einer Massen-Friedensdemonstration in Kaulsdorf signalisieren, einschließend Bresdorf und Rahlsdorf. Also Friedensfreunde, auf zur Friedensdemonstration am Sonntag, den 28. August in Kaulsdorf.

Wieder geheizte Eisenbahnzüge.

Schon jetzt trifft die Reichseisenbahnverwaltung ihre Maßnahmen für die kommenden Wintermonate. Die Vorbereitungen erstrecken sich auf die Instandsetzung der Heizungsanlagen in den Zügen. Da im allgemeinen in der Kohlenfrage eine gewisse Entspannung eingetreten ist, so wird es in diesem Jahre möglich sein, die Heizung der Züge in größerem Umfange vorzunehmen, als es in dem letzten Jahre der Fall war. Es wird beabsichtigt, die bisherigen Beschränkungen in der Heizung der Züge wieder aufzuheben.

Mord und Selbstmord im Hotel. In einem Hotel in der Ritterstraße wurde heute früh ein Paar, das dort gestern eingekerkert war, tot aufgefunden. Nach dem Befunde hat der Mann, der als ein Unterwachtmeister Klähn festgestellt wurde, seine unbekannte Begleiterin erschossen und dann sich selbst. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Die Tote ist etwa 25 bis 30 Jahre alt, hat blondes Haar und trägt f. W. gezeichnete Wäsche.

Großfeuer auf einem Holzlagerplatz. Wegen eines Großfeuers wurde in der vergangenen Nacht um 12 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Boedstraße 23 alarmiert, wo auf einem ausgebehalten Holzlagerplatz Feuer ausgebrochen war. Die Feuerwehr, von vielen Seiten gerufen, war mit ihren Löschzügen schnell zur Stelle. Die Züge 8 und 11 griffen mit drei B- und drei C-Röhren wirksam an. Die Flammen hatten an den trockenen und großen Holzvorräten schnell reiche Nahrung gefunden. Der Brandherd lag in einem Schuppen der Firma E. Souanek. Angeblich soll in diesem Schuppen Munition für Handfeuerwaffen gelagert haben. Der Lagerplatz liegt zwischen Wohnhäusern, die gefährdet waren. Brandinspektor Mäder ließ deshalb sämtliche gefährdeten Mietshäuser schließen. Von der Diebstahlschraube ging der stärkste Beschuss vor, während von der Boedstraße die übrigen Züge angriffen. Nach mehrstündiger Tätigkeit mit aufzudenken Augenblicken für die geunglückten Anwohner war man des Großfeuers Herr. Der Schaden soll erheblich sein. Die Entstehungsurache war nicht zu ermitteln.

Unsere Augenwimmlen. Prenzlauer Berg: Der Lebenskundeunterricht findet Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 4—6 Uhr in der Schule Senefelder Straße 6/7, statt.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, am Tage warm, bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 24. August:

- 6. Kreis, Soltesches Tor. 7½ Uhr öffentliche Elternversammlung der 219. Gemeindefschule, Glorietze Str. 17/18. Thema: Die Pausenstunden. Referent: Genosse Dr. Kasten.
 - 18. Kreis, Weihenstephan. 7½ Uhr im Lokal Combe, Lichtenberger Str. 8 außerordentliche Kreislandtagsversammlung.
 - 26. Abteilung, Charlottenburg. 7½ Uhr Gruppenversammlung 1. Gruppe im „Kranich“, Kaiser-Friedrich-Str. 20. Orts-Schillerstraße 2. Gruppe bei Schneider, Holzbohlenstr. 14. Der wöchentliche Tagesordnung wegen Erscheinen dringend erforderlich.
 - 2. Kreis, Alte Garten. Die für Mittwoch, 24. August, festgesetzte Kreislandtagsversammlung findet erst am 21. August, abends 7 Uhr, in der Torstr. 10, Wilmersdorf, statt.
- Zeitungs-Kommission Groß-Berlin. Sitzung Donnerstag, 25. August, abends 7 Uhr, im Konferenzsaal der Redaktion, Lindenstraße 3, 4. Hof 1 4 2c. Die Sperrliste werden gleichfalls am Erscheinen gebeten.

Arbeiter Sport.

Arbeiter-Sportfest im Stadion.

Am Sonntag gab es zwei große Attraktionen im Grunewald: das Wiedererleben und das Arbeiter-Sportfest. Den erheblichen Einfluß des ersten konnte man schon am Bahnhof Stadion sehen: Glücksspieler aller Art suchten die Dummheit, denen sie das Geld aus der Tasche ziehen konnten. Und abends nach dem Veranstaltungsfest sah man die gleichen Pöpper dicht bei der Rembahn im Walde, wie sie den Leuten das Geld abnahmen, sofern bei den Werten noch etwas übrig geblieben war. — Was anderes Bild bot dagegen das Arbeiter-Sportfest! Unter den Klängen der Reichslieder-Turnerkapelle eröffneten die Kinder den Reigen der Vorführungen mit Freilichtspielen. Und dann marschierten auf der anderen Seite die braunen Geheulen der Schwimmer im Beisein von langem Juge mit Gesang auf in den Vorführungen im Schwimmbassin. Ein buntes Bild gesunder Lebenskultur entwickelte sich vor unseren Augen. Weitaus über die 1000 Meter, die 8000 Meter für Jugendliche und 5000 Meter für Männer bringen (spannende Momente, währenddem finden die leichtathletischen Kämpfe im Sprung, Wurf und Schlag statt. Der 2. Bezirk, mit entzündetem Oberkörper und nackten Beinen, vorerst mit einer mühseligen Vorführung des Stützlaufs auf der geliebtesten Trainingsbahn für den ganzen Körper, und zeigt uns in Freilichtform die Ausführung des Diskuswurfes und Speerwerfens. Korbball-Anaben, gleichfalls mit entzündetem Oberkörper und Beinen, zeigen mittelstehende Freilichtformen mit leichten Bewegungsförmern in guter Ausführung. Es war ein Tag guten sportlichen Genusses.

Reinhalte vom Stadionfest der Arbeiter-Sportler. 1. Bezirk: 1. Bezirk, Schöneberg-Berlin, 6.08 Meter, 2. Bezirk, Mitte, 5.82 Meter. — Diskus: 1. Kaimet, Mitte, 22.33 Meter, 2. Kama, Döberitz, 20.97 Meter. — Hochsprung: 1. Jasin, Mitte, 1.70 Meter, 2. Kama, Döberitz, 1.60 Meter, 3. Kaimet, Mitte, 1.50 Meter. — Speerwerfen: 1. Kama, Döberitz, 41 Meter, 2. Kaimet, Döberitz, 39.10 Meter. — 100-Meter-Lauf: 1. Krüger, Weihenstephan, und Döberitz, Mitte, je 12.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 12.07 Sek., 3. Kaimet, Döberitz, 12.07 Sek. — 200-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 10.7 Sek., 2. Jasin, Mitte, 10.9 Sek. — 400-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 46.7 Sek., 2. Jasin, Mitte, 46.8 Sek. — 800-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.33.4 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.33.4 Sek. — 1000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 17 Min. 2.2 Sek., 2. Jasin, Mitte, 17 Min. 2.2 Sek. — 1500-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 27 Min. 11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 27 Min. 11.1 Sek. — 2000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 44 Min. 11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 44 Min. 11.1 Sek. — 3000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.11.1 Sek. — 4000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.21.1 Sek. — 5000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.31.1 Sek. — 6000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.41.1 Sek. — 7000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 1.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 1.51.1 Sek. — 8000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 2.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 2.01.1 Sek. — 9000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 2.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 2.11.1 Sek. — 10000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 2.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 2.21.1 Sek. — 15000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 3.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 3.31.1 Sek. — 20000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 4.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 4.41.1 Sek. — 25000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 5.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 5.51.1 Sek. — 30000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 6.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 6.61.1 Sek. — 35000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 7.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 7.71.1 Sek. — 40000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 8.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 8.81.1 Sek. — 45000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 9.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 9.91.1 Sek. — 50000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 10.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 10.01.1 Sek. — 55000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 11.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 11.11.1 Sek. — 60000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 12.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 12.21.1 Sek. — 65000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 13.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 13.31.1 Sek. — 70000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 14.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 14.41.1 Sek. — 75000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 15.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 15.51.1 Sek. — 80000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 16.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 16.61.1 Sek. — 85000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 17.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 17.71.1 Sek. — 90000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 18.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 18.81.1 Sek. — 95000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 19.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 19.91.1 Sek. — 100000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 20.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 20.01.1 Sek. — 105000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 21.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 21.11.1 Sek. — 110000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 22.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 22.21.1 Sek. — 115000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 23.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 23.31.1 Sek. — 120000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 24.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 24.41.1 Sek. — 125000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 25.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 25.51.1 Sek. — 130000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 26.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 26.61.1 Sek. — 135000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 27.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 27.71.1 Sek. — 140000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 28.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 28.81.1 Sek. — 145000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 29.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 29.91.1 Sek. — 150000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 30.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 30.01.1 Sek. — 155000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 31.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 31.11.1 Sek. — 160000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 32.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 32.21.1 Sek. — 165000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 33.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 33.31.1 Sek. — 170000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 34.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 34.41.1 Sek. — 175000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 35.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 35.51.1 Sek. — 180000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 36.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 36.61.1 Sek. — 185000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 37.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 37.71.1 Sek. — 190000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 38.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 38.81.1 Sek. — 195000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 39.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 39.91.1 Sek. — 200000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 40.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 40.01.1 Sek. — 205000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 41.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 41.11.1 Sek. — 210000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 42.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 42.21.1 Sek. — 215000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 43.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 43.31.1 Sek. — 220000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 44.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 44.41.1 Sek. — 225000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 45.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 45.51.1 Sek. — 230000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 46.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 46.61.1 Sek. — 235000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 47.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 47.71.1 Sek. — 240000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 48.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 48.81.1 Sek. — 245000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 49.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 49.91.1 Sek. — 250000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 50.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 50.01.1 Sek. — 255000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 51.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 51.11.1 Sek. — 260000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 52.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 52.21.1 Sek. — 265000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 53.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 53.31.1 Sek. — 270000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 54.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 54.41.1 Sek. — 275000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 55.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 55.51.1 Sek. — 280000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 56.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 56.61.1 Sek. — 285000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 57.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 57.71.1 Sek. — 290000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 58.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 58.81.1 Sek. — 295000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 59.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 59.91.1 Sek. — 300000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 60.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 60.01.1 Sek. — 305000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 61.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 61.11.1 Sek. — 310000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 62.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 62.21.1 Sek. — 315000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 63.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 63.31.1 Sek. — 320000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 64.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 64.41.1 Sek. — 325000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 65.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 65.51.1 Sek. — 330000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 66.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 66.61.1 Sek. — 335000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 67.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 67.71.1 Sek. — 340000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 68.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 68.81.1 Sek. — 345000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 69.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 69.91.1 Sek. — 350000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 70.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 70.01.1 Sek. — 355000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 71.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 71.11.1 Sek. — 360000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 72.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 72.21.1 Sek. — 365000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 73.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 73.31.1 Sek. — 370000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 74.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 74.41.1 Sek. — 375000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 75.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 75.51.1 Sek. — 380000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 76.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 76.61.1 Sek. — 385000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 77.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 77.71.1 Sek. — 390000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 78.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 78.81.1 Sek. — 395000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 79.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 79.91.1 Sek. — 400000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 80.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 80.01.1 Sek. — 405000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 81.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 81.11.1 Sek. — 410000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 82.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 82.21.1 Sek. — 415000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 83.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 83.31.1 Sek. — 420000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 84.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 84.41.1 Sek. — 425000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 85.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 85.51.1 Sek. — 430000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 86.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 86.61.1 Sek. — 435000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 87.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 87.71.1 Sek. — 440000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 88.81.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 88.81.1 Sek. — 445000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 89.91.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 89.91.1 Sek. — 450000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 90.01.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 90.01.1 Sek. — 455000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 91.11.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 91.11.1 Sek. — 460000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 92.21.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 92.21.1 Sek. — 465000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 93.31.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 93.31.1 Sek. — 470000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 94.41.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 94.41.1 Sek. — 475000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 95.51.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 95.51.1 Sek. — 480000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 96.61.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 96.61.1 Sek. — 485000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 97.71.1 Sek., 2. Jasin, Mitte, 97.71.1 Sek. — 490000-Meter-Lauf: 1. Jasin, Mitte, 98.81

Erste Jugendkonferenz des ADBB.

Diese Tagung, die erste ihrer Art, die unter Teilnahme von 65 Delegierten sich mit neu aufgeworfenen Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung beschäftigte und dabei nach Wegen zu einem engeren Zusammenarbeiten mit den Arbeiterjugendorganisationen suchte, erzielte unter dem Vorsitz von Sassenbach-Berlin und Brauner-Reuther-Köster ihre Arbeiten in den Tagen vom 19. bis 20. August im Gewerkschaftshaus in Kassel. Als Gäste waren Stadtrat Haring-Kassel, Albrecht-Berlin vom Verband der Arbeiterjugendvereine, Breuer-Erfurt von der sozialdemokratischen Professorelijugend, Herrmann-Hamburg von der Jugendabteilung des Hamburger Arbeitsamtes anwesend.

Fünf instruktive Referate umschrieben den Kreis des Arbeitsfeldes und der Aufgaben. Pleisch-Berlin (vom Eisenbahnerverband) sprach über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der gewerkschaftlichen Jugendbewegung — 1918, auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg, Einsetzung einer Zentralkommission aus je vier Vertretern des Parteivorstandes und der Generalkommission, Herausgabe des Jugendblattes „Arbeiterjugend“, befristetes Steigen auf eine Auflage von 40 000, 1914 eine Auflage von 100 000, dann Unterbrechung dieses Aufstieges und der einheitlichen Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften infolge des aus dem Weltkrieg aufkommenden politischen Richtungsstreites. Als weitere Folge, die durch den Nürnberg-Gewerkschaftskongress ausgesprochenen Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien, dann Schaffung von Jugendabteilungen, Jugendstellen, Jugendzeitungen und Anstellung von Jugendsekretären durch die verschiedensten einzelnen Gewerkschaften, 1921 Schaffung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen durch den ADBB. Zurzeit sind etwa

300 000 Jugendliche organisiert.

Das ist der zwanzigste Teil aller gewerkschaftlichen Jugendlichen Deutschlands, in freien Gewerkschaften. Sie bemühen sich in ihren Tarifverträgen, bestimmte Freizeiten zum Wohl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu gewinnen. Die neue Zeit stellt wieder ganz neue, weiterreichende Aufgaben. In der kommenden Lehrlingsgesetzgebung sei mitzuarbeiten, die Berufsberatung, sich erstreckend auch auf die Stellung zu den einzelnen Berufen, die Lehrstellenvermittlung, vor allem aber auch die stärkere Aufklärungs- und Motivationsarbeit sei zu pflegen, zu der sich insbesondere die gewerkschaftlichen Jugendzeitschriften als geeignet erweisen haben. Alle der Arbeiterjugend gewidmeten Aufwendungen seien zugleich Aufwendungen im Interesse der Gesamtarbeiterchaft.

Masche-Berlin (Jugendsekretär des Angestelltenverbandes) zeigte die Fülle der Aufgaben und Wege der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, zu denen auch die Berücksichtigung der Gesamtarbeiterchaft, soweit sie sich mit Fragen des Schutzes und der Wohlfahrt der Jugend (z. B. in Wohlfahrtspflege, Koch- und Fortbildungsschulen, Jugend- und Berufsämtern, Jugendgerichten usw.) befaßt. Neben diesem und der selbständigen Förderung des wirtschaftlichen Wohls der Jugend durch gewerkschaftliche Mittel obliegen den Gewerkschaften die geistige, die politische und volkswirtschaftliche Vorbereitung und Heranbildung der Jugend im Sinne der Erkenntnis, daß die sozialistische Produktion und Gesellschaft die höhere gegenüber der heutigen kapitalistischen sei. Masche zeigte die der wirtschaftlichen Besserstellung, der Hebung der Berufstüchtigkeit und der sozialistischen geistigen Einstellung der Jugend dienlichen Mittel und Wege und die Möglichkeiten der eigenen Mitwirkung der Jugendlichen auf.

Meißner-Berlin besprach die notwendigen Maßnahmen zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen, wobei er sich insbesondere der unter der heutigen Geldentwertung vor allem in den kleineren und handwerksmäßigen Betrieben ausgekommenen, ganz unzulässigen Lohnsenkung gegenüber zuwandte. Die einseitigen, durch die Gewerbeordnung festgelegten

Vorrechte der Innungsmeister

gegenüber Eltern und Lehrkräften müßten abgeschafft werden, ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften müsse durchgesetzt werden, durch gewerkschaftliche Tarife müsse Entlohnung und Ferienanspruch der Jugendlichen geregelt werden.

Dr. Löwenberg-Berlin sprach über die Bildungsarbeit in der Gewerkschaften und Sassenbach über das zentrale und lokale Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendzentralen und das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. — Zur Bildungsarbeit wurden einstimmig die vom Referenten vorgeschlagenen Richtlinien angenommen, die betonen, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für die Jugendlichen alle Gebiete der Kultur, und zwar vom sozialistischen — nicht parteipolitischen — Gesichtspunkte aus, in ihren Bereich ziehen und daß zur Pflege der Berufsbildung die Gewerkschaften dem beruflichen Unterricht besonders näherzutreten sollen. — Zu Sassenbachs Referat wurde beschlossen, zur Erledigung gemeinsamer, über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaft hinausgehender Aufgaben Jugendkommissionen durch die Ortsausschüsse zu bilden, ferner zentrale Einrichtungen zur Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in allen Gewerkschaften zu erstreben, und weiter den ADBB zu ersuchen,

ein besonderes Jugendsekretariat

einzurichten. Den Funktionären soll ein Mitteilungsblatt zugehen. Soweit Aufgaben ersehen, die die gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen gemeinsam angehen, soll der Reichsausschuss der Arbeiterjugend vermittelnd und anregend wirken.

Weiter wurde eine Grundsatzklärung angenommen, die ausspricht, daß die in der politischen Arbeiterbewegung bestehende Zersplitterung mit ihren Auseinandersetzungen, die auch auf die Jugendbewegung übergriffen, aus dem Werten der gewerkschaftlichen Jugendzentrale ferngehalten werden soll, daß die Vertretung wirtschaftlicher Interessen Jugendlicher den politischen Jugendorganisationen nicht obliegt und daß da, wo die Tätigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen zur Wahrnehmung der geistigen Interessen der Jugendlichen sich berührt, ein Zusammenarbeiten zu empfehlen sei.

Einstimmige Beschlüsse erwarten vom Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen schnelle Berücksichtigung zur Förderung der arbeitslosen Jugendlichen und zur Einführung der Schulklassen in

das Wirtschaftsleben, ferner Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen und Schritte, die zum Wohl der hauswirtschaftlich tätigen Jugendlichen dienen sowie auf gezieltes Verbot der Betriebsausbildung durch Heimarbeit hinauszusehen.

Sobald wählte die Konferenz eine Kommission, die dem ADBB in Voranschlag gebracht wird zu dem Zweck aus den Entschlüssen zu den Tagesordnungspunkten ein einheitliches Programm der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und ferner Musterstatuten für die örtlichen Jugendkommissionen abzufassen.

Gewerkschaftsbewegung

Obermeister Paeth sperrt aus!

Unter der pompösen Überschrift „Stilllegung sämtlicher Groß-Berliner Tischlereibetriebe“ wurde am 17. August ein von Paeth unterzeichnetes Flugblatt an alle Tischlermeister und Fabrikanten verandt, in dem streng und energisch befohlen wird, die Betriebe sind unter allen Umständen zu schließen, auch dann, wenn die Arbeiter arbeiten wollen.

In diesem Pamphlet führen alle bisher nur in der „Fachszeitung“ verbreiteten Unwahrheiten über den Reichsmantelvertrag wieder, um auch Stimmung für die Locksperrung zu machen. Daß Herr Paeth bei keiner sprichwörtlichen Wahrheitsliebe sonst noch alle Dinge auf den Kopf stellt, braucht nicht besonders vermerkt werden.

Die Aussperrung lehnte nun auch mit der von Paeth gewünschten Buntlichkeit ein. Am 17. August erging die Aufforderung: „Jeder Arbeitgeber hat seinen Betrieb zu schließen.“ Am Sonntag, den 20. August, am dritten Tage der Aussperrung, waren 4 Betriebe mit 13 Arbeitern ausgesperrt. Bis Montag, den 22. August, abends, sind 27 Betriebe mit 141 Arbeitern dem Kommando Paeths nachgekommen. Die äußerst geringe Zahl der aussperrenden Arbeitgeber beweist uns zur Genüge, daß es in den Köpfen der Tischlermeister zu dümmern anfängt und die geplante Aussperrung lediglich der Ruhmesucht Paeths zuzuführen ist. Die täglich einlaufenden Bewilligungen und Unterschriften bisher noch zögernder Arbeitgeber beweisen aber auch, daß der bisher von Paeth betriebene Schwindel mit den Wirkungen des Reichsmantelvertrages erkannt ist. Zur Aufklärung und Richtigerstellung der immer erneut von Paeth vorgebrachten Unwahrheiten und Unrichtigkeiten ist vom Holzarbeiterverband an alle Tischlermeister eine Aufklärungschrift verbreitet worden, worin den Herren die Sachlage dargestellt wird, wie sie den Tatsachen entspricht. In diesem Flugblatt wird auch mit der ständigen wiederkehrenden Unrichtigkeit aufgedeckt, daß nur ein kleiner Teil Arbeitgeberorganisationen den Reichsmantelvertrag unterschrieben hätte und der größere Teil der Arbeitgeber abgelehnt hätte. Namentlich sind die Unternehmerverbände aufgeführt, die den Reichsmantelvertrag anerkennen haben, was Paeth bisher aus wohlberedetem Interesse verschwiegen hat, und auch die sonstigen Paeth'schen Übertreibungen sind auf das richtige Maß zurückgeführt. Ein eingehendes Studium dieser Aufklärungschrift ist allen Unternehmern dringend zu empfehlen, um mit ungetrübtem Blick die Sachlage überblicken zu können.

Im Jahre 1907 wurde die Aussperrung unter der Parole „Ohne Vertrag keine Arbeit“ von Kardorf erzwungen, in diesem Jahre 1921 lautet das Forderungswort der Arbeitgeber, geführt von Paeth: „Unter dem Reichsmantelvertrag keine Arbeit.“

Sodann wird uns aus Arbeiterkreisen gemeldet, daß der Arbeitgeberverband auf seiner Tagung am 23. August in Braunschweig den Reichsmantelvertrag mit großer Mehrheit angenommen und den Protest der Berliner Unternehmer zurückgewiesen hat. Paeth mit seiner Korona steht somit isoliert da. Damit ist offiziell von ganz einwandfreier Seite festgestellt, daß die Leitung der Berliner vereinigten Verbände ihre Mitglieder nicht einwandfrei unterrichtet hat.

Die Tiefbauarbeiter zum Schiedsspruch.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der im Tiefbaugewerbebeschäftigten Arbeiter erstattete Larnow Bericht über die bisher zur Erlangung einer Lohnerhöhung geführten Verhandlungen. Vor dem Schlichtungsausschuss haben wir — so führte der Redner aus — angefordert die große Teuerung eine Holzzulage von 1 M. stündlich gefordert. Von den Vertretern wurde diese Forderung abgelehnt und angeführt, daß die Preise für Lebensbedürfnisse eine derartige Holzzulage nicht rechtfertigen. Eventuell würde man zu einer Zulage bereit sein, aber nicht in einer solchen Höhe, sondern etwa 15 bis 40 Pf. Von den Unparteilichen wurde eine Einigung auf 55 Pf. angeregt und uns anbegehrt, nochmals eine Einigung in Verhandlung mit den Arbeitgebern zu versuchen. Das lehnten wir ab. So kam es zum Spruch, nach dem uns durchschnittlich 60 Pf. ab 19. August zugesprochen werden. Ueber Annahme oder Ablehnung sollen wir uns bis zum 25. August erklären.

Die Zuschläge sollen danach betragen: für Plaharbeiter 50, Schloffer, Schmiede und Monteurs 75, Hilfschloffer und -monteurs 60, Maschinenmeister II 75, Maschinen III 60, Bararbeiter 60, Einsteiler und Rohrleger 60, Tiefbauarbeiter unter 18 Jahre 50 und Frauen 50 Pf. Für Wächter ist ein Zuschlag von 27,50 M. wöchentlich vorgegeben.

Die folgende Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft; es wurde für und gegen die Annahme gesprochen und hervorgehoben, daß Tiefbauarbeiter und Sektionsvorstand sich für die Annahme erklärt hätten. Schließlich wurde der Schiedsspruch mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Wo bleibt die Sonntagsruhe?

Die Angestellten der Butterhandlungen schreiben uns: „Auf den Sonntag freu ich mich“ oder „Jede(r) Tage in der Woche sollst du arbeiten und den siebenten sollst du ruhen.“ Beides läßt bei einem großen Teil der Angestellten des Lebensmittelhandels bzw. Butterkleinhandels nur eine geteilte Freude aufkommen. Seit allen Angestellten der Regen des Achtstundentages zuteil geworden ist, und sie sich vom frühen Sonnabend nachmittags bis Montag morgen den Freuden eines aus der Fron des Alltags befreiten Menschen hingeben können, sind die

Angestellten im Kleinhandel noch immer halbe Menschen geblieben. Durch das Öffnen der Geschäfte am Sonntage von 8 bis 10 Uhr, außer Hin- und Fortgehen, umzulegen usw., ist der Sonntag vor-mittag nicht mehr für diese Angestellten das, was er eigentlich sein sollte. Nach § 105c der Gewerbeordnung finden die Bestimmungen des § 105b betreffs nötiger Sonntagsruhe keine Anwendung auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Waren gefertigt werden müssen. Sollten diese Bestimmungen als maßgebend herangezogen werden, so stellen wir doch die Frage, ob tatsächlich jemand von den Angestellten eine Arbeit leistet, welche das Verderben der Butter verhüten soll. Die Arbeit, die während der Zeit der Sonntagsoverlaufzeit geschieht, besteht hauptsächlich darin, daß noch wenige Nachzügler ihre Einkäufe erledigen. Das beweisen die ganz minimalen Kassen, die kaum 5 Proz. der sonstigen Tageskasse ausmachen.

Daß es auch ohne Öffnung der Geschäfte am Sonntage geht, ohne Ruin des Inhabers, dafür sind die Konsumgenossenschaften, der Beamtenwirtschaftsverein und der holländischer-Kongress mit seinen 146 Detailgeschäften der beste Beweis. Deren Angestellte erfreuen sich schon längst der Sonntagsruhe, ohne daß die Moral, wie gefürchtet wird, nämlich, daß die Angestellten vom Sonnabend bis Montag zu lange sich selbst überlassen sind, darunter gelitten hat.

Wenn auch bekannt ist, daß einzelne der Arbeitgeber gern ihre Geschäfte des Sonntags geschlossen haben würden, so sind sie doch durch Mehrheitsbeschluß gebunden, sich diesen unsozialen Verhältnissen zu fügen. Die Steitiner Kolonialwarenhändler wandten sich kürzlich mit aller Entschiedenheit gegen eine Wiedereinführung des Sonntagsschließens und forderten ein rücksichtsloses Eingreifen der Polizei gegen Verstoße.

Wenn wir uns auch bewußt sind, daß für Milchgeschäfte eine Ausnahme stattfinden muß, so fordern wir doch mit aller Entschiedenheit, daß sich die maßgebenden Stellen endlich mit dieser Durchbrechung der Gewerbeordnung beschäftigen. Wir können es uns keineswegs gefallen lassen, daß gerade mit uns eine Ausnahme gemacht wird. Also nochmals, wo bleibt die Sonntagsruhe?

Lohnverhandlungen der Kollkuffler. Die Kollkuffler Groß-Berlins haben mit ihren Arbeitgebern wegen einer Erhöhung des bisherigen Lohnes verhandelt, eine Einigung ist aber bisher noch nicht erreicht worden. In einer am Montagabend stattgehabten Versammlung wurde von Pilschel und Köllinger berichtet, daß die Forderung von 450 M. abgelehnt worden sei. Geboten habe man 360 M. Mit diesem Angebot könnten sich aber die Kollkuffler bei der schwereren Arbeit, die von ihnen verlangt werde, nicht zufriedengeben. — Auch die Diskussionsredner sprachen sich in diesem Sinne aus. Beschlossen wurde, nochmals den Versuch einer Verständigung mit den Arbeitgebern zu machen. Für jugendliche Arbeitskräfte im Alter von 19 bis 20 Jahren sollen, wenn sie als Hilfsarbeiter tätig sind, 200 M. und für Ältere im Alter von 20 bis 21 Jahren bei gleicher Tätigkeit 250 M. gefordert werden. Sobald sie über volle Arbeit als Kollkuffler vertriehen, sollen sie auch den vollen Lohn wie diese erhalten. In der nächsten Versammlung wird über das Ergebnis der nachmaligen Verhandlung berichtet und über die eventuell notwendig werdenden Schritte Bescheid gegeben werden.

Der Streik in der Textilindustrie Nordfrankreichs breitet sich immer weiter aus. Die Anzahl der Streikenden soll 60 000 betragen.

Der polnische Eisenbahnerstreik hat den Verkehr zwischen dem Freistaat Danzig und Pommern nahezu schamgeleert. Die Züge von Danzig nach Dirschau verkehren nur noch bis Hohenstein und werden von dort wieder nach Danzig zurückgeschickt. Die Züge von Danzig nach Posen und Warschau fielen ganz aus. Nach den Nachrichten Steitin und Königsberg wurde der Verkehr notdürftig aufrechterhalten. Auch der Verkehr durch den polnischen Korridor soll nach Möglichkeit aufrechterhalten werden. In Dirschau streifen allein 4000 Eisenbahner, die gestern eine Versammlung abhielten, um die der Warschauer Regierung unterbreiteten Forderungen nochmals zu besprechen. Heute findet in der Dirschauer Stadthalle eine Versammlung aller polnischen Postbeamten statt, die über einen evtl. Anschluß an den Streik der Eisenbahner beschließen wird.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Möbel- und Fabrikantien aus den Möbelbetrieben und Möbelbetrieben verfassten sich am Mittwoch, den 21. d. M., abends 7 Uhr, im Schlangental des Siedler-Sommers, Baumstr. 15, Tagung: Bericht von den Verhandlungen mit den Metallbetrieblern. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Centralverband der Maschinen- und Feiler, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Mittwoch, den 24. August 1921, abends 6 Uhr bei Schulz, Am Köpenicker 2, Versammlung der Vertrauensleute der Metallbetriebe. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Unbedingtes Erscheinen eines jeden Vertrauensmannes ist Pflicht, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Angestellten, Besetzungsinstitut. Öffentliches Besetzungsinstitut am 23. August 1921, 6 Uhr abends, Aminshellen, Kommandanten 58/59. — Donnerstag, Schürze, Unterrichts-Konzeption. Mittwochsversammlung am 24. August 1921, 5 1/2 Uhr, Auerlandsch, Neue Friedrichstr. 35. Mittwochsversammlung am 24. August 1921, 7 Uhr, Auerlandsch, Neue Friedrichstr. 35.

Deutscher Werkmänner-Verband. Offizielles Vertrauensmänner und Funktionäre der Metall-Industrie. Also-Versammlung am Donnerstag, den 25. August 1921, abends 7 Uhr, im Deutschen Hof, Ludowik-Str. 15.

Aus aller Welt.

Straßenraub.

Flauen, 22. August. Auf der Straße Flauen-Reichenbach wurde ein Automobil, in dem zwei Schweden, darunter ein Mitglied des schwedischen Ausschusses für die deutsche Kinderhilfe, saßen, von drei maskierten Räubern durch mehrere Revolverkugeln zum Halten gebracht. Die Räuber nahmen den Insassen 1500 Mark ab. Der Führer des Automobils wurde durch Schüsse in den Fuß schwer verletzt. Die Räuber sind entkommen.

Verheerendes Großfeuer. Am Montagnachmittag wurden in Wafungen (Reiningen) durch Großfeuer über 20 Häuser und zahlreiche Scheunen mit der gesamten Ernte eingeeäschert.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. H. H. Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Deutscher u. v. d. Berlin. Druck: Verlagsanstalt Deutscher u. v. d. Berlin. Druck: Verlagsanstalt Deutscher u. v. d. Berlin.

einmal gewohnt — immer geliebt.
Feinster Geschmack, stets frisch. Zu kaufen in den Singorengeheften usw. Neue Verkaufsstellen richten ein.
Generalvertrieb: **Höfer, Berlin, Clichyberger Str. 22 (Rgt. 3801)**

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt

Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 23
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124/27

Billig und gut
kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei
Löffler Rosenthaler Straße 66
Nähe Rosenthaler Platz
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an
Anfertigung in eigener Werkstatt

Bezirksverb. Berlin SPD
101. Abt., Dreydamm.
Am 19. d. M. verstarb
unser langjähriger Genosse,
der Schloffer

Richard Hampel
Rieshofstr. 5.
Ohne feinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch
24. August, mittags 1 Uhr
in Friedrichshagen.

Schreibzettel, Bestellungen
erwartet 241/14
Die Abteilungsleitung.

Abschriften. Adressen,
Diktate, Vervielfäl-
tigungen übernimmt Adler,
Frobenstr. 21, Nollend. 1690.

Ba. Stridwolle.
garant. reine Wolle, in schwarz
u. grau, v. 90. 45. — p. 1/2
Wiederverkaufszentrum. Post-
frauen bereit bereit u. besuchen
Sie uns. Wollwolle. Diejen-
straße 48, Hof rechts. Salm-
hof Straße. 100/13

Sieben erschienen
Stinnes 50. bis 60.
Tausend
und seine
600 000 Arbeiter

Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, so wie
seine ganze ungeheure Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines solchen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.

Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Zähne 8 an
Tanzzahlung: 1. Garant. Kronen 18 M. Plomb.
2. Zahnrücken m. Fin. pr. höchst schmerz-
los. Umarb. schlechteste. Ge. 50. Rep. 50.
Zahnarzt Dr. W. 11. Potsdamer Str. 58. Hochb. Spruce. 9-7

Alte Hüte
Impressen und Modernisieren
von Damen- und Herrenhüten.
Schnell u. billige Ausführung.
Im-
presseri
Berlin O 112.
Friedrichstr. 297.

Kupfer
Messing, Zink
Blei :: Zinn
usw. kaut

Gotzkowskystraße 15

Jagdgewehre,
Automatische Pistolen
usw., Anlauf, Verluft, Umtrieb
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzl, Berlin
W 8.
Markgrafstr. 50.

Nutzeisen
Stabstahl, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstangen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Errcorb“. Tel. Lichtenbg. 646/647

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 31
Ecke Malower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Aufstei-
ermatratzen u. Feldbettstellen.